

Thiel, Eberhard

**Article — Digitized Version**

## Verlagerungen in der Regionalpolitik?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Thiel, Eberhard (1988) : Verlagerungen in der Regionalpolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 4, pp. 172-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136383>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**D**er Norden verarmt, während der Süden prosperiert: Das ist das immer wiederkehrende Fazit von Untersuchungen, die mit Hilfe unterschiedlicher Kombinationen von ökonomischen Indikatoren die Entwicklung der einzelnen Bundesländer vergleichen. Faßt man statt eines Vergleichs von Flächen- mit Stadtstaaten die vier norddeutschen Länder zusammen und stellt sie Baden-Württemberg/Bayern gegenüber, dann ergibt sich in der Tat, daß sich der Vorsprung der süddeutschen Länder beim Volkseinkommen pro Einwohner in den letzten Jahren weiter erhöht hat.

Es gibt zwar keine einhellige Meinung darüber, bis zu welcher Höhe ein solcher Abstand toleriert werden sollte; angesichts des erreichten Einkommensniveaus kann aber bisher nicht von einer Verarmung des Nordens gesprochen werden. Viel schwerwiegender sind Befürchtungen über eine künftig zunehmende Vergrößerung der Abstände; auch die gegenüber Süddeutschland doppelt so hohen Arbeitslosenquoten geben Anlaß zur Sorge. Wenn man eine stärkere Abwanderung von Arbeitskräften vermeiden will, dann ist nach Möglichkeiten zur Schaffung und Erhaltung rentabler Arbeitsplätze in Norddeutschland zu suchen.

Viele Beobachter sind skeptisch, ob angesichts der noch nicht abgeschlossenen Anpassungsprozesse, die auch die Qualifikation der Erwerbstätigen betreffen, allein die Marktkräfte z. B. durch Veränderungen der Lohnstruktur Erleichterung verschaffen könnten. Auf den bundesweit zu vernehmenden Ruf nach weniger Staat tönt als Echo daher oft genug die Forderung nach einem Ausbau staatlicher Hilfe zurück. Da die angerufenen Gebietskörperschaften aufgrund ihrer Budgetstrukturen und Finanzierungsengpässe aber kaum in der Lage sind, auf solche Forderungen schnell und entscheidend zu reagieren, spielen sich gegenwärtig auf verschiede-



**Eberhard Thiel**

## **Verlagerungen in der Regionalpolitik?**

nen Ebenen gleichzeitig regionale Verteilungskämpfe ab.

Da geht es zum einen um die Verbesserung der Finanzbasis einiger Bundesländer. Dazu gehört das Bemühen Hamburgs, durch eine erneute Klage beim Bundesverfassungsgericht die Regelungen des Länderfinanzausgleichs zu verändern. Wenn sich die Gewichte der bisher gültigen Bemessungsgrundlagen entscheidend gewandelt haben, dann sollten mit Hilfe konkreter Nachweise und Vorschläge auch Korrekturen betrieben werden. Solche Forderungen nach Aufbesserung der eigenen Position rufen natürlich umgehend die potentiellen Verlierer auf den Plan. Das zeigt sich gegenwärtig bei dem Vorschlag, eine teilweise Übertragung der Sozialhilfekosten auf den Bund durch einen geringeren Länderanteil an der Mehrwertsteuer zu kompensieren, durch den sich die süddeutschen Länder benachteiligt fühlen.

Zum anderen gehen auf einem originären Feld der Regionalpolitik, der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, die Bemühungen um eine Neuabgrenzung der Fördergebiete weiter. Dieser Gemeinschaftsaufgabe kommt in Zukunft möglicherweise eine größere Be-

deutung zu; denn die Bundesregierung plant als Teil ihres Konzepts zur Finanzierung der Steuerreform 1990 einen Fortfall der regionalen Investitionszulage bei gleichzeitig höherer Dotierung der Gemeinschaftsaufgabe. Der Fortfall des Rechtsanspruchs nach dem Investitionszulagegesetz resultiert wohl auch aus dem Zweifel, ob diese Zulagen angesichts einer Vielzahl von Programmen zur Investitionsförderung geeignet sind, bei der Schaffung und Erhaltung von rentablen Arbeitsplätzen eine entscheidende Strukturveränderung herbeizuführen.

Investitionsförderung kann aber nicht nur mit Hilfe von Zulagen, Zuschüssen oder sonstigen Subventionen für Unternehmungen betrieben werden. Die statt dessen erhobene Forderung nach Verbesserung der generellen Investitionsbedingungen in einzelnen Regionen und Städten sollte nicht als ein Ausweichen in unverbindliche Empfehlungen mißdeutet werden. Die Verbesserung der Verkehrsanbindungen, die Erleichterung des Zugangs zu neuen Techniken, Möglichkeiten zur Nutzung moderner Einrichtungen der Telekommunikation, Institutionen der Weiter- und Fortbildung, aber auch Freizeiteinrichtungen sind konkrete Faktoren bei Standortentscheidungen.

Die Verstärkung der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe könnte eine Chance für die Verbesserung einiger Standortfaktoren bieten, wenn damit vermehrt kommunale Investitionen gefördert und überregional abgestimmt würden. Darüber hinaus bleibt gerade wegen der Existenz zweier Stadtstaaten in Norddeutschland das Erfordernis einer engen Koordination mit den umliegenden Flächenstaaten im Bereich der Planung und Finanzierung von weiteren überregionalen Aktivitäten aktuell. Mit vielen gemeinsamen Einzelschritten kann die Attraktivität des Nordens gestärkt werden, die nicht nur von der Finanzierung der Gebietskörperschaften abhängt.